

/// Historischer und zeitgeschichtlicher Hintergrund

## DIE WELTORDNUNG DES 21. JAHRHUNDERTS IN DER KRISE

**CHRISTIAN HACKE** /// Henry Kissinger kommt in seiner jüngsten Untersuchung über die Weltordnung zu dem Schluss, dass „die Krise des Konzepts der Weltordnung das dringendste internationale Problem unserer Zeit ist“.<sup>1</sup> Vor dem Hintergrund des Aufstiegs neuer autoritärer Mächte, der mannigfaltigen Krisen der vergangenen Jahre in den USA, in der atlantischen Welt, im arabischen Raum, in Europa und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Krise zwischen Russland und dem Westen erlebt der Begriff „Weltordnung“ zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Renaissance. Die Welt zu ordnen, heißt, sie unter neuen ungeahnten Bedingungen zu formen und vom Chaos abzugrenzen. Das gilt gerade für die aktuelle Lage. Laut Kissinger muss sich die internationale Ordnung insbesondere zwei Herausforderungen stellen: einer gravierenden Verschiebung der Machtbalance und des Legitimitätsverlustes.<sup>2</sup>

Die hegemoniale Stabilität der Welt auf der Grundlage von Amerikas Führungsqualität ist heute ebenso in Frage gestellt wie die Legitimität des Westfälischen Ordnungsprinzips von Souveränität und Nichteinmischung. Im historischen Rückblick erscheint der Begriff „Weltordnung“ durchaus als gestalterische Zivilisationsleistung, wenngleich er schillernd bleibt, schwebend zwischen Anspruch und Wirklichkeit.<sup>3</sup> In der Geschichte der Menschheit bestimmten zunächst Stadtstaaten die regionalen Ordnungen. Bisweilen entstanden dabei Machtgleichgewichtssysteme, bis dann ein besonders ambitiöser und mächtiger Stadtstaat eine

Eine **WELTORDNUNG** kann hegemonial oder imperial sein.

hegemoniale oder imperiale Ordnung errichtete. Bei ersterer folgten ihm die anderen mehr oder minder freiwillig, bei letzterer nur unter Zwang. Im historischen Rückblick kann Weltgeschichte als Abfolge von hegemonialen und / oder imperialen Weltordnungen verstanden werden. Ordnung und (militärische) Macht waren untrennbar miteinander verbunden.

Imperien entstanden in der Regel aus territorialer Eroberung, sie beruhen



**Werden die USA als sanfter Hegemon und der Westen als zivilisatorisches Ordnungsmodell angesichts der momentanen Krisen und Entwicklungen auch weiterhin die Fäden der Weltpolitik ziehen können?**

demnach auf Zwangsherrschaft. Demgegenüber impliziert Hegemonie lediglich Führung verbunden mit einem hohen Maß an freiwilliger Gefolgschaft,<sup>4</sup> wie das klassische Beispiel von Athens Führung im Attischen Seebund zeigt. Die schrittweise Mutation des Seebundes zum imperialen Machtinstrument Athens zeigt wiederum, dass die strikte Trennung zwischen Imperium und Hegemonie ihre Tücken hat, denn die Übergänge sind fließend<sup>5</sup> und – auch Demokratien sind seit der Antike nicht frei von imperialer Versuchung. Auch demokratische Ordnungsentwürfe, gerade wenn sie autoritäre Mächte herausfordern, ermunterten diese nicht selten zur Gegenmachtbildung, um die Macht des Hegemons entweder einzudämmen oder sogar zurückzudrängen. Gegenüber Im-

perien war Gegenmachtbildung schwieriger, denn imperiale Herrschaft beruhte auf gewaltiger militärischer Übermacht, der die kleineren Gegenmächte – auch vereint – nur selten Gleichgewichtiges entgegensetzen hatten.

Die Dynamik weltgeschichtlicher Entwicklung als Zyklus von Aufstiegs- und Niedergangsphasen großer Mächte lässt sich folglich als Rivalität zwischen imperialer und hegemonialer Herrschaft verstehen. Landmächte wie Russland sind in der Regel eher Verfechter von imperialer Ordnung, während Seemächte wie Großbritannien oder die USA zu hegemonialer Herrschaft tendieren. Das zaristische Russland expandierte nach Innerasien, das republikanische Frankreich nach Nordafrika, während Seemächte wie Großbritannien oder die USA als Hege-

monialmächte überseeisch agierten. Auch deshalb zeigen manche Politikwissenschaften gegenüber einer hegemonialen Ordnung eine wohlwollend-positive Einstellung und bejahen eine entsprechende „Theorie der hegemonialen Stabilität“.

Die Machteinbußen der USA in den vergangenen 15 Jahren, ihre schwindende zivilisatorische Attraktivität und der Aufstieg neuer Mächte, insbesondere in Asien, haben diese Auffassung von internationaler Ordnung verunsichert. „Hegemoniale Stabilität“ scheint der Vergangenheit anzugehören. Stattdessen ist ein diffuses multipolares System im Entstehen begriffen. Unterschiedliche Machtzentren haben sich nicht selten in Folge von Aufstieg und Fall von Mächten wie jüngst im Zuge des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums, entwickelt. Hinzugekommen sind revolutionäre und konterrevolutionäre Eruptionen in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten. Diese zogen nicht selten als Reaktion auf westliche Intervention religiös motivierten Aufruhr nach sich.

Vor diesem aktuellen Hintergrund wird erkennbar: Weltordnungsmodelle spiegeln den „ewigen Disput zwischen denen, die die Welt an ihren Idealen ausrichten, und denen, die ihre Politik an den Realitäten der Welt orientieren wollen“<sup>6</sup>, wider. Ideengeschichtlich macht zwar eine chronologische Abfolge von Weltordnungsmodellen der Antike, des Mittelalters, der Aufklärung oder der Neuzeit Sinn, doch erst die Analyse der konkurrierenden Vorstellungen innerhalb einer Epoche erklärt das Aufeinanderprallen von rivalisierenden Vorstellungen, wie die Dynamik des Kalten Krieges anschaulich zeigte. Die Weltordnung des Kalten Krieges beruhte zu keinem Zeitpunkt auf Einvernehmen.

Doch wirkte der Kalte Krieg auch als Ordnungersatz, der auf beiden Seiten einer verbreiteten Ordnungszustimmung Vorschub leistete, weil er zumindest in Europa im Ergebnis den Frieden sicherte. Folglich war die Pseudoordnung des Kalten Krieges einer Anarchie oder dem potenziellen nuklearen Chaos vorzuziehen. Das Ordnungsprinzip des Kalten Krieges brach schließlich zusammen, weil die USA als Hegemon mit aller Macht den systemischen, ökonomischen und militärischen Wettbewerb verschärften, so dass die halbherzigen Reformversuche von Michael Gorbatschow nicht mehr greifen konnten, ja sogar Niedergang und Auflösung des Sowjetimperiums beschleunigten.

### Die Welt nach der Zeitenwende 1989/90: Neue Weltordnungs- entwürfe

Die menschliche Sehnsucht nach Ordnung in der Welt folgt historischen Zyklen gleichsam wie Ebbe und Flut. Das Ende von Imperien, Unterdrückung und Kriegen weckte stets große Sehnsüchte nach Frieden und Ordnung. Das war auch nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums nicht anders. Kein Wunder, dass die revolutionären Veränderungen von 1989/90 überwiegend als Scheitern des Kommunismus und als Sieg der liberalen Demokratien interpretiert wurden. Nicht das Ende der Ge-

**Hegemoniale Stabilität wird  
momentan von einem DIFFUSEN  
multipolaren System abgelöst.**

schichte, aber das Ende konkurrierender Ideologien und Weltordnungen schien erreicht. Die USA sahen sich in ihrer Überzeugung von der natürlichen Harmonie zwischen ihren nationalen Interessen und denen der Welt bestätigt. Folglich würden sich in einer von den USA dominierten unipolaren Welt westlich-demokratische Ordnungsvorstellungen durchsetzen. Francis Fukuyama formulierte in diesem Sinne die These vom „Ende der Geschichte“. Überzeugt vom endgültigen Sieg über die Sowjetunion glaubte Fukuyama, dass im Hegelschen Sinne Geschichte „heute an einem Punkt angelangt ist, wo wir uns keine Welt vorstellen können, die sich wesentlich von unserer unterscheidet, wo keine Verbesserung unserer derzeitigen Ordnung mehr denkbar ist, (wo) die Geschichte an ihrem Ende angelangt ist“<sup>7</sup>. Entsprechende unipolare Ordnungsmodelle untermauerten machtpolitisch den ideengeschichtlichen Optimismus in den USA.<sup>8</sup>

Dagegen prognostizierte 1990 John Mearsheimer die Rückkehr der Geschichte und zwar in gewalttätiger Form. Er sollte in vielem Recht behalten. Die Kriege auf dem Balkan, die amerikanisch-chinesische Machtrivalität und weltweite konfliktträchtige Entwicklungen seit den Neunzigern und der Krieg in und um die Ukraine bestätigten diese pessimistischen Prognosen.

Samuel Huntington ergänzte 1993 mit seiner These vom „Kampf der Kulturen“ die bedrohlichen Konfliktlinien der Weltpolitik und kritisierte die naive Vorstellung vom weltweiten Sieg der Demokratie. In Anlehnung an sein Vorbild Arnold Toynbee betonte Huntington die Vielfalt der und den Respekt vor Kulturen und Religionen.<sup>9</sup> Seine These vom „west against the rest“ als Gegen-

satz zwischen Islam und Abendland wurde nach 9/11 in vielen Aspekten bestätigt.

Der islamistische Fundamentalismus, der von der Mehrheit in der muslimischen Welt abgelehnt wird, erfuhr nach 9/11 eine ungeahnte Dynamisierung als Alternative zu den säkularen Ordnungsmodellen des demokratischen Westens. Nicht säkulare Volkssouveränität, sondern eine kompromisslose Gottesordnung, basierend auf unbedingtem Gehorsam und Heilsversprechen, prägen diese Ordnungsvorstellung des „Islamischen Staats“, der auch für die wachsende intra-kulturelle oder besser intra-religiöse Radikalisierung zwischen Schiiten und Sunniten in der arabischen Welt verantwortlich zeichnet.

Doch blieben nach 1990 Weltordnungsüberlegungen nicht auf das Reich der Ideen beschränkt. Den ersten realpolitischen Schritt unternahm 1990 der amerikanische Präsident G. W. Bush.

### **Die Zeitenwende 1989/90 brachte NEUE Weltordnungsentwürfe hervor.**

Nach der Invasion von Kuwait durch den irakischen Diktator begründete er die weltweite Anti-Kriegskoalition gegen Saddam Hussein ordnungspolitisch: „Es geht um mehr als um ein kleines Land, es geht um eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen sich um die Verwirklichung der universellen Hoffnungen der Menschheit kümmern: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Ge-

setzlichkeit, wo Aggression auf kollektiven Widerstand stößt. Wir sind das einzige Land, das diese Riesenstreitkräfte zusammenbringen konnte.“ Präsident Bush war bestrebt, nach 1990 den unipolaren Moment zu nutzen, um die USA als wohlwollenden Hegemon zu etablieren. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wollten die USA zunächst mit den Mitteln der Diplomatie verhindern, dass demokratiefeindliche Kräfte dort neue Machthohlräume auffüllen. Erst nach 9/11 wurde das Selbstverteidigungsrecht im Krieg gegen den Irak 2003 präventiv interpretiert. Jetzt wurde ein historischer Bruch in der amerikanischen Außenpolitik deutlich: „There is an initiative which the United States and her allies cannot seize – the initiative in aggression. It would violate the deepest moral convictions of the people and of their profound attachment to peace and justice under law. We must by our very nature be defenders, not offenders“.<sup>10</sup>

Die Kette der weltweiten militärischen Interventionen der USA nach 1990 und besonders nach 9/11 bleibt ordnungspolitisch umstritten: „Wir haben uns auf eine Form der Kriegsführung fixiert, die den massiven Einsatz amerikanischer Feuerkraft und einen schnellen Rückzug erforderlich macht. Sie gestattet uns, die Zerstörung, die wir anrichten, ohne ein Gefühl der Verantwortung hinter uns zu lassen. Sie schafft Anarchie und nennt diese Frieden. Im Namen von Ordnung wird Chaos angeordnet. Sie erlaubt es uns, in eine imperiale Rolle zu schlüpfen, ohne die klassischen Pflichten der imperialen Herrschaft ausüben zu müssen.“<sup>11</sup> Dean Achesons Warnung blieb ungehört. Die fatalen Folgen ließen nicht lange auf sich warten.

Machtpolitisch führten Amerikas Kriege gegen den Terror zu einer immensen Überdehnung der Kräfte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 vertiefte die Strukturkrise der USA. Kein Wunder, dass seitdem die These vom Niedergang der USA die ordnungspolitische Debatte dominiert. Allerdings bleiben die USA wegen ihrer militärischen Übermacht und ihrer nach wie vor wirksamen zivilisatorischen Attraktivität die einzige Macht von globaler ordnungspolitischer Wirkung, falls sie ihre innenpolitische Strukturkrise überwinden und neo-isolationistischen Versuchen widerstehen werden.

### Fazit und Ausblick

25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums ist die Welt vom relativen Niedergang des Westens geprägt. Eine Kette von wohlmeinenden humanitären Interventionen vom Irak über Somalia, dem Balkan, Afghanistan bis hin zu Libyen und anderswo hat weitaus weniger Erfolg gezeitigt als ursprünglich erwartet. Dabei haben sich die Demokratien der westlichen Welt strategisch überdehnt und finanziell und materiell übernommen. Strukturkrisen im Inneren wie in den USA und der EU verweisen auf weitere Aspekte tiefer Erschöpfung und Enttäuschung. Zeitgleich wird die globale Entwicklung von einem fulminanten Aufstieg autoritärer Mächte und der wachsenden Attraktivität außer-europäischer Regionen geprägt.

Der langjährige hegemoniale Anspruch der USA auf globale Führung wird folglich durch eine Verschiebung der Machtbalance und die darauf folgende Entwicklung zu einem multipolaren System durchkreuzt. Ein unipolares System wird durch den Aufstieg der VR China und anderer

Mächte beschleunigt. In diesem neuen System wirken Russland und China als autoritäre Machtpole. Sie besitzen aber kein den USA gleichwertiges Ordnungspotenzial. EU-Europa und Japan bleiben potenzielle Machtzentren, haben im Zuge der Euro-Krise jedoch an Gestaltungskraft verloren. Es erstaunt, dass im Zuge der schweren Krise innerhalb der atlantischen Welt noch keine revolutionären Veränderungen eingetreten sind. Noch bleibt der relative Niedergang auf hohem Niveau begrenzt und kontrolliert. Die BRIC-Staaten konkurrieren mehr untereinander, als dass sie für regionale Ordnung sorgen würden. Indien führt im Vergleich zu Nehrus Weltordnungsiniciativen ein weltpolitisches Schattendasein.

Das ordnungspolitisch-ideengeschichtlich und wirtschaftlich wirkungsmächtige Motiv der Gegenwart ist allerdings der „Aufstieg Asiens“, insbesondere der der VR China. Doch auch Chinas autokratische Ordnungsvorstellungen stoßen bei den meisten asiatischen Staaten auf Misstrauen. Deshalb suchen nach wie vor viele asiatische Staaten den Schutz des sanften amerikanischen Hegemons, der den Trend zur regionalen Gegenmachtbildung auch für eigene ordnungspolitische Interessen zu nutzen versteht. Potenziell könnte deshalb regional ein komplexes asiatisches Gleichgewichtssystem entstehen, vielleicht sogar

im Kontext bipolarer Machtrivalitäten zwischen den USA und der VR China.

Russland zeigt unter der Führung von Wladimir Putin, dass der persönliche Faktor auch in der Internationalen Politik nicht unterschätzt werden darf. Sein Machtprojekt „Eurasische Union“ kann den altbekannten russischen und sowjetischen Imperialismus kaum kaschieren und wirkt deshalb wenig attraktiv. Aber Putin zeigt sich entschlossen, das militärische Machtpotenzial rücksichtsloser und raffinierter denn je einzusetzen. Im Krieg in und um die Ukraine entwickelt sich Russland unter Putin zum unberechenbaren Aggressor und damit zur Bedrohung der europäischen Ordnung.

Der Ausgang dieser ordnungspolitischen Rivalitäten ist regional und global offen, aber die Konfrontation nimmt weiter zu. Jeder sieht sich im Recht. Für Putin ist die Anbindung der Ukraine an den Westen unannehmbar, für den Westen Putins Annexion der Krim und seine Unterstützung der Rebellen im Osten der Ukraine. Obwohl diese Krise alle Beteiligten schwächt, scheint keiner kompromissbereit. Putin verstärkt seine Aggressivität, der Westen seine Sanktionen. Während Russlands Wirtschafts- und Finanzsystem schwere Einbußen hinnehmen muss und die Ukraine wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch weiter zerfällt, bleibt der Westen von der Ukraine-Krise ökonomisch noch relativ unberührt. Aber die Anziehungskraft des demokratischen Ordnungsmodells der EU hat im Zuge der Euro-Krise und darüber hinaus gelitten. Bislang wahrt die transatlantische „Gruppenhegemonie“<sup>12</sup> ihren globalen Einfluss, wenngleich die humanitären Interventionen seit 1990 zu Überdehnungen geführt haben und damit die ordnungspoliti-

Dem **NIEDERGANG** des Westens steht der **Aufstieg autoritärer Mächte und Asiens gegenüber.**

schen Gestaltungsgrenzen enger werden. Doch zwingen neue globale Herausforderungen den Westen zu mehr Kooperation und Kohäsion.

Unübersehbar sind aber auch die Spaltungstendenzen: Europa und Amerika grenzen sich zum Zweck eigenständiger Krisenerholung und Neuausrichtung der Interessen zunehmend von einander ab. Wachsende Rivalitäten zwischen Demokratien und autoritären Regimen wiederum könnten die systemische Kohäsion auf beiden Seiten befördern. Folglich könnte für eine zukünftige Weltordnung dieser autoritär-demokratische Gegensatz zwischen den USA, der EU und Japan und der VR China und Russland relevant werden. In diesem pentagonalen Gleichgewichtssystem in der Tradition der Nixon-Doktrin<sup>13</sup> haben sich die Machtgewichte dramatisch zugunsten der VR China auf Kosten amerikanischen und russischen Einflusses verschoben.

So bleibt es offen, ob im 21. Jahrhundert die USA gemeinsam mit den Partnern wieder erstarren und die globalen Gemeinschaftsinstitutionen entsprechend gestärkt werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass „Soft Power“ und „Good Governance“ nicht nur stilbildend im Rahmen weltweiter Ordnungspolitik wichtig geworden sind, hat die EU partiell unter diesen Gesichtspunkten an Einfluss gewinnen können. Das vereinte Deutschland mag „Hard Power“ zu zurückhaltend anwenden, aber seine geschmeidige „Soft Power“ hat Deutschland zu außergewöhnlicher zivilisatorischer Attraktivität verholfen. Es ist nicht nur in Europa – auch Dank seiner Wirtschaftskraft – zu einem angesehenen ordnungspolitischen Faktor geworden. Selbst die drei Weltmächte USA, VR China und Russland können

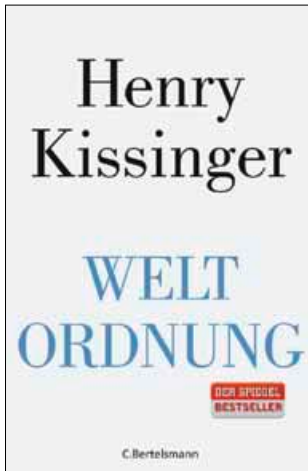
Der sich zunehmend entwickelnde  
**AUTORITÄR-DEMOKRATISCHE** Gegensatz  
wird sich auf die zukünftige  
Weltordnung auswirken.

sich Deutschlands Einfluss nicht entziehen. Und in der Ukraine-Krise hat sich gerade Deutschland umsichtig und deeskalierend um friedliche Lösungen bemüht, wenn auch bislang ohne sichtbaren Erfolg. Europas Friedensordnung ist zweifelsohne schwer erschüttert.

Global gesehen wird sich die zukünftige Ordnung pyramidenartig in einem komplexen Mit- und Gegeneinander von regionalen Großmächten entwickeln, wobei sie sich hierarchisch um die regionalen Machtkerne Ostasien, EU, USA und Russland strukturieren wird. Vor diesem Hintergrund gilt es, zwischen den zentralen Aspekten von Ordnung, Macht und Legitimität eine Balance zu finden. Machtpolitik ohne moralische Dimension kann zu unbegrenzter Aggression führen, moralische Kreuzzugsmentalität birgt die Gefahr von Arroganz und kann potenzielle Widersacher provozieren. Beide Extreme können die Stabilität der internationalen Ordnung gefährden.

Henry Kissinger diagnostiziert angesichts der aktuellen Herausforderungen vier ordnungspolitische Defizite:<sup>14</sup>

- Der Staat als wichtigster Akteur gerät unter Druck. Zum einen greift das Phänomen des „gescheiterten Staates“ in weiten Teilen der Welt um sich, wobei religiöse und ethnische Milizen



**Kissinger, Henry: Weltordnung. München:**  
**Verlag C. Bertelsmann 2014,**  
**480 Seiten, € 24,99.**

und Terroristen staatliche Strukturen gezielt angreifen und zu zerschlagen suchen. Zum anderen zeigt das Beispiel der Europäischen Union, dass staatliche Souveränität auf vielfältige Weise überwunden werden soll, aber zugleich die EU außer Stande ist, eine neue Staatlichkeit oder Geschlossenheit zu erlangen. War die EU für viele Jahre Problemlöser und Vorbild, so mutiert sie im Zuge der fast ungehemmten Erweiterung und der Euro-Krise selbst zum Problemfall. Ihre moralisierende und selbstgerechte Erweiterungspolitik hat nicht unerheblich dazu beigetragen, dass sich im Zuge der Ukraine-Krise Russland provoziert fühlt und auch deshalb eine mögliche geostrategische Verschiebung der Machtbalance im Herzen Europas nicht tatenlos hinnehmen wollte.<sup>15</sup>

- Die politische und wirtschaftliche Organisation der Welt verläuft asynchron. Während das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem sich

globalisiert hat, funktioniert die politische Struktur der Welt nach wie vor auf der Basis des Nationalstaats. Die negative Dynamik der Serie von Finanzkrisen, die sich in Eskalationsstufen von der Krise in Lateinamerika in den 1980er-Jahren, in Asien 1997, in Russland 1998, in den USA 2001 und 2007 und in Europa ab 2010 verschärft, verweist auch auf gewisse Verluste des Primats der Politik über die Wirtschaft. Staatskunst sieht sich der Herausforderung gegenübergestellt, undurchsichtige Finanzinstrumente und -transaktionen effizienter zu kontrollieren.

- Globale Gemeinschaftsinstitutionen wie UNO, NATO, EU, G-7 oder APEC sind den gestiegenen Gemeinschaftsaufgaben immer weniger gewachsen, auch
- weil die Führungsrolle der USA und damit das Prinzip der „Hegemonialen Stabilität“ an Bedeutung verliert. Der sanfte Hegemon bleibt unverzichtbar, aber er überzeugt nicht mehr.



Trotz allem bleibt die Verknüpfung von Ordnung mit sanfter Hegemonie unverzichtbar, damit die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit als normative Momente nicht verlorengehen. Mehr Kooperation mit den weiteren Zentren von Macht und Legitimität sind dabei zwingend notwendig. Nur gemeinsam mit den anderen Akteuren und Regionen kann der Westen die neuen globalen Probleme wie Krieg, Terror, Fanatismus, aber auch Klimaschutz, Umwelt und organisiertes Verbrechen ordnungspolitisch unter Kontrolle bringen. „Good Governance“, verstanden als ein Ordnungskonzept von innen heraus, wird vielleicht zur wichtigsten Voraussetzung für gelungene Weltordnungsentwürfe für das 21. Jahrhundert. Sie können sich nicht mehr allein auf Macht und Interesse gründen, sondern müssen sich verstärkt auf Frieden und Wohlstand konzentrieren. Dabei gilt es, auch die materiellen Lebensgrundlagen einer rasant wachsenden Weltbevölkerung und Staatengemeinschaft zu sichern: „Neben eine militärische Sicherheitsordnung muss eine ökologische Solidarordnung treten“<sup>16</sup>.

**Der Westen muss den neuen globalen Herausforderungen mit mehr Kooperation, Kohäsion und einer „GOOD GOVERNANCE“ begegnen.**

Ob in dieser Perspektive die USA als sanfter Hegemon und der Westen als zivilisatorisches Ordnungsmodell weiter als Spinne im Netz die Fäden der Weltpolitik ziehen werden, kann erst die Zukunft zeigen. Derzeit ist jedenfalls keine Macht in Sicht, die an Stelle des Westens eine entsprechend umfassende Ordnungsfunktion ausfüllen könnte.

Alle Staaten müssen mehr als bisher über die eigenen nationalen Interessen hinaus sich eine globale Verantwortungskultur aneignen, – eine Perspektive, die über den nationalen Tellerrand hinaus reicht. Nur so kann das Grundprinzip des Westfälischen Systems modernisiert und den neuen Herausforderungen angepasst werden.

**/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE**

**ist Prof. em. für Politik und Zeitgeschehen an der Universität Bonn, Hammoor bei Ahrensburg.**

**Anmerkungen**

- <sup>1</sup> Kissinger, Henry: Weltordnung, München 2014, S. 427.
- <sup>2</sup> Ebd., S. 416.
- <sup>3</sup> Osterhammel, Jürgen: Weltordnungskonzepte, in: Dimensionen internationaler Geschichte, hrsg. von Jost Dülffer, München 2012, S. 409.
- <sup>4</sup> Triepel, Heinrich: Die Hegemonie, Stuttgart / Berlin 1938, S. 125 ff.
- <sup>5</sup> Ebd., S. 189 und 283.
- <sup>6</sup> Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung, Baden-Baden 2003, S. 142.
- <sup>7</sup> Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992, S. 26 ff.
- <sup>8</sup> Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70/1, S. 23-33; Wolforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: International Security 24/1, 1999, S. 5-41.
- <sup>9</sup> Mearsheimer, John: Back to the Future, Instability in Europe after the Cold War, in: International Security Nr. 15, 1990, S. 5-56; Huntington, Samuel: Der Kampf der Kulturen, München 1997.
- <sup>10</sup> Acheson, Dean: This Vast External Realm, New York 1973, S. 35.
- <sup>11</sup> Tucker, Robert / Hendrickson, David: The Imperial Temptation, New York 1992, zit. nach Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, München 2005, S. 510.
- <sup>12</sup> So Rode, Reinhard: Noch ist der Westen nicht verloren, in: WeltTrends Nr. 86, September / Oktober 2012, S. 58.
- <sup>13</sup> Vgl. hierzu Dallek, Robert: Nixon and Kissinger – Partners in Power, New York 2007; Bundy, William: A Tangled Web – The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency, New York 1998; Hacke, Christian: Die Ära Nixon-Kissinger. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983.
- <sup>14</sup> Kissinger: Weltordnung, S. 418 f.
- <sup>15</sup> Hacke, Christian: Der Westen und die Ukraine-Krise: Plädoyer für Realismus, in: APuZ 47-48/2014, S. 40 ff.